



PRESSE-INFORMATION

Elterngeld: Jeder Zweite für bedingungslose Erhöhung der Bezugsdauer auf vierzehn Monate

Hamburg, 14. August 2023 – In letzter Zeit wurde in Deutschland viel über das Elterngeld diskutiert. Immer wieder steht dabei auch die Frage im Raum, wie die Aufteilung der Bezugsmonate zwischen den Eltern gehandhabt werden sollte und ob die aktuellen gesetzlichen Vorgaben angemessen sind. Momentan haben junge Familien den Anspruch auf vierzehn Monate Elterngeld, wenn jedes Elternteil dieses mindestens zwei Monate lang in Anspruch nimmt. Ist dies nicht der Fall, stehen den Eltern hingegen nur zwölf Monate Elterngeld zur Verfügung. Eine aktuelle Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsinstituts Ipsos zeigt nun, dass fast die Hälfte der Deutschen (46%) eine bedingungslose Erweiterung des Bezugszeitraums auf vierzehn Monate bevorzugen würde – unabhängig davon, wie die Eltern die Bezugsmonate unter sich aufteilen.

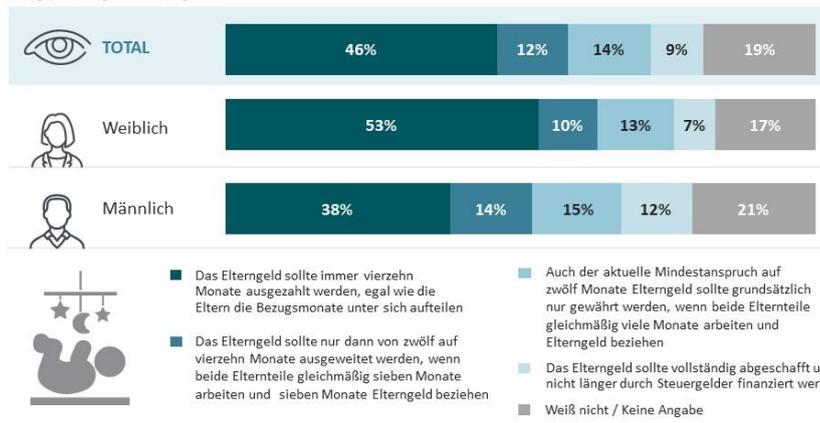
Stärkere staatliche Vorgaben bei der Aufteilung der Monate sind dagegen weniger beliebt. Lediglich 12 Prozent der Deutschen sind der Meinung, dass es die Erweiterung der Bezugsdauer nur geben sollte, wenn beide Elternteile gleichmäßig sieben Monate arbeiten und sieben Monate Elterngeld beziehen. Dem Vorschlag, dass auch der aktuelle Mindestanspruch von zwölf Monaten nur dann gewährt werden sollte, wenn die Elternteile die Arbeits- und Bezugsmonate gleichmäßig untereinander aufteilen, stimmen ebenfalls nur 14 Prozent zu. Am wenigsten Zuspruch erhält die Option einer vollständigen Abschaffung des Elterngelds. Diesen Schritt würden nur 9 Prozent der Befragten befürworten.

Frauen eher für bedingungslose Ausweitung der Bezugsdauer als Männer

Sowohl bei Frauen als auch bei Männern ist die bedingungslose Ausweitung des Elterngeldanspruchs auf vierzehn Monate die beliebteste Maßnahme, allerdings ist dieser Vorschlag unter weiblichen Befragten noch einmal deutlich populärer. Während nur 38 Prozent der Männer eine solche Regelung bevorzugen würden, spricht sich unter den Frauen mehr als die Hälfte (53%) dafür aus. Unter männlichen Befragten finden dagegen die beiden Antwortoptionen, die eine gleichmäßige Aufteilung der Bezugsmonate vorsehen, etwas mehr Anklang (Männer 29%, Frauen 23%). Gleichzeitig sprechen sich aber auch mehr Männer (12%) als Frauen (7%) für eine vollständige Abschaffung des Elterngelds aus.

Elterngeld-Reform: Frauen eher für bedingungslose Ausweitung der Bezugsdauer

Junge Familien in Deutschland haben Anspruch auf vierzehn Monate Elterngeld, wenn jedes Elternteil mindestens zwei Monate das Elterngeld in Anspruch nimmt und nicht arbeiten geht. Nimmt nur ein Elternteil das Elterngeld in Anspruch stehen der Familie hingegen nur zwölf Monate Elterngeld zur Verfügung. Was halten Sie von der aktuellen Ausgestaltung des Elterngelds?



Methode: Quotierte Online-Befragung von 1.000 Wahlberechtigten zwischen 18 und 75 Jahren in Deutschland, repräsentativ gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Wahlverhalten bei Bundestagswahl. Feldzeit: 04. bis 06. August 2023.

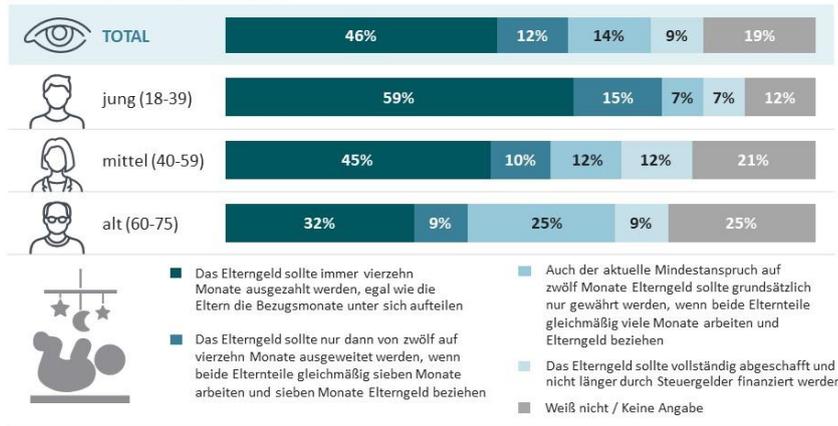


Vor allem Ältere für Pflicht zur gleichmäßigen Aufteilung

Auch wenn in allen Altersgruppen die bedingungslose Ausweitung der Bezugsdauer auf vierzehn Monate die beliebteste Option darstellt, zeigen sich zugleich deutliche Altersunterschiede. Jüngere Befragte im Alter von 18 bis 39 Jahren präferieren diese Maßnahme mit 59 Prozent am stärksten. Bei Personen mittleren Alters (40 bis 59 Jahre) ist der Zuspruch mit 45 Prozent schon deutlich geringer, unter den 60- bis 75-Jährigen spricht sich sogar nur ein Drittel (32%) dafür aus. Ältere Befragte bevorzugen dafür häufiger eine mögliche Regelegung, wonach der aktuelle Mindestanspruch von zwölf Monaten nur dann gewährt wird, wenn die Bezugsmonate gleichmäßig zwischen den Eltern aufgeteilt werden. Jeder Vierte (25%) 60- bis 75-Jährige spricht sich für eine solche generelle Verpflichtung zur gleichmäßigen Aufteilung aus, während dies bei den 40- bis 59-Jährigen nur 12 Prozent und unter den jungen Befragten nur 7 Prozent tun.

Besonders Ältere für Pflicht zur gleichmäßigen Aufteilung der Bezugsmonate

Junge Familien in Deutschland haben Anspruch auf vierzehn Monate Elterngeld, wenn jedes Elternteil mindestens zwei Monate das Elterngeld in Anspruch nimmt und nicht arbeiten geht. Nimmt nur ein Elternteil das Elterngeld in Anspruch stehen der Familie hingegen nur zwölf Monate Elterngeld zur Verfügung. Was halten Sie von der aktuellen Ausgestaltung des Elterngelds?



Methode: Quotierte Online-Befragung von 1.000 Wahlberechtigten zwischen 18 und 75 Jahren in Deutschland, repräsentativ gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Wahlverhalten bei Bundestagswahl. Feldzeit: 04. bis 06. August 2023.



Parteiübergreifende Einigkeit bei Elterngeld-Reform

Auch der Blick auf die Wahlabsichten der Befragten zeigt, dass sich jeweils die größte Gruppe parteiunabhängig für eine bedingungslose Ausweitung der Bezugsdauer auf vierzehn Monate ausspricht. Am meisten Zuspruch erhält dieser Vorschlag bei der Anhängerschaft der AfD (50%), Grünen (47%) und Union (46%). Aber auch unter Wählern der FDP (43%), SPD (42%) und Linken (41%) ist diese Option ähnlich beliebt.

Sympathisanten der Linkspartei (38%) sprechen sich allerdings etwas häufiger als die Wähler anderer Parteien für eine verpflichtende gleichmäßige Aufteilung der Bezugsmonate zwischen beiden Elternteilen aus. Unter Wählern der FDP (35%), SPD (34%), Grünen (31%) und Union (30%) wird eine solche Regelung jeweils von etwa einem Drittel bevorzugt. Herausstechen tut die Anhängerschaft der AfD, wo sich nur jeder Fünfte (20%) für diese Maßnahme ausspricht. Die vollständige Abschaffung des Elterngelds wird wiederum am häufigsten von Unions-Wählern (15%) gefordert, unter Sympathisanten der Grünen halten das nur 3 Prozent für richtig.



PRESSE-INFORMATION

Ostdeutsche und Geringverdiener eher für gleichmäßige Aufteilung

Personen, die in Ostdeutschland leben, sprechen sich mit 18 Prozent im Vergleich zu Westdeutschen (13%) öfter dafür aus, dass auch der aktuelle Mindestanspruch von zwölf Monaten nur dann gewährt werden sollte, wenn die Bezugsmonate gleichmäßig zwischen den Eltern aufgeteilt werden. Ähnliche Unterschiede zeigen auch sich mit Blick auf das Einkommen der Befragten. Während die Hälfte der Gutverdiener (52%) mit einem Netto-Einkommen von über 4.000 Euro befürwortet, dass das Elterngeld bedingungslos für vierzehn Monate ausgezahlt werden sollte, tun dies bei den Geringverdienern (Netto-Einkommen bis 2.000 Euro) nur 37 Prozent. Umgekehrt sind Personen mit niedrigem Einkommen mit 16 Prozent eher der Meinung, dass der Elterngeldbezug generell an eine gleichmäßige Aufteilung der Bezugsmonate gebunden sein sollte, als Personen mit hohem Einkommen (11%).

Methode

Quotierte Online-Befragung von 1.000 Wahlberechtigten zwischen 18 und 75 Jahren in Deutschland, repräsentativ gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Wahlverhalten bei der letzten Bundestagswahl. Die Befragung wurde vom 04. bis 06. August 2023 durchgeführt.

Nähere Erläuterungen über die wichtigsten Qualitätsmechanismen beim Panel-Aufbau und bei der Durchführung einzelner Studien finden Sie [hier](#).

Pressekontakt

Dr. Johannes Kaiser
Ipsos Politik- und Sozialforschung
Johannes.Kaiser@ipsos.com
Fon: +49 30 3030645 7250

Über Ipsos

Ipsos ist eines der größten Markt- und Meinungsforschungsunternehmen der Welt mit mehr als 18.000 Mitarbeitenden und starker Präsenz in 90 Ländern. 1975 in Paris gegründet, wird Ipsos bis heute von Forscher:innen geführt. In Deutschland sind wir mit über 500 Mitarbeitenden an fünf Standorten präsent: Hamburg, Berlin, München, Frankfurt und Nürnberg.

Unsere Expert:innen in Forschung und Analyse verfügen über das breite Know-how von Multi-Spezialist:innen, das tiefe Insights in Handlungen, Meinungen und Motivationen erlaubt und so ein wahres Verständnis von Gesellschaft, Märkten

Ipsos GmbH
Sachsenstraße 6
20097 Hamburg

Kontakt: Gudrun Witt,
Manager Communications
E-Mail: gudrun.witt@ipsos.com
Phone: +49 40 80096 4179

GAME CHANGERS 



PRESSE-INFORMATION

und Menschen vermittelt.

Wir haben die große Bandbreite unserer Lösungsansätze in 18 Service Lines zusammengefasst und unterstützen damit über 5.000 Kunden weltweit.

Ipsos ist seit dem 1. Juli 1999 an der Euronext in Paris notiert. Das Unternehmen ist Teil des SBF 120 und des Mid-60 Index und hat Anspruch auf den Deferred Settlement Service (SRD).
ISIN code FR0000073298, Reuters ISOS.PA, Bloomberg IPS:FP

www.ipsos.de | www.ipsos.com

Feldfunktion geändert

Feldfunktion geändert

Auszug aus dem Fragebogen

Junge Familien in Deutschland haben Anspruch auf 14 Monate Elterngeld, wenn jedes Elternteil mindestens zwei Monate das Elterngeld in Anspruch nimmt und nicht arbeiten geht. Nimmt nur ein Elternteil das Elterngeld in Anspruch stehen der Familie hingegen nur 12 Monate Elterngeld zur Verfügung. Was halten Sie von der aktuellen Ausgestaltung des Elterngelds?

- (1) Das Elterngeld sollte vollständig abgeschafft und nicht länger durch Steuergelder finanziert werden.
 - (2) Das Elterngeld sollte immer 14 Monate ausgezahlt werden, egal wie die Eltern die Bezugsmonate unter sich aufteilen.
 - (3) Das Elterngeld sollte nur dann von 12 auf 14 Monate ausgeweitet werden, wenn beide Elternteile gleichmäßig 7 Monate arbeiten und 7 Monate Elterngeld beziehen.
 - (4) Auch der aktuelle Mindestanspruch auf 12 Monate Elterngeld sollte grundsätzlich nur gewährt werden, wenn beide Elternteile gleichmäßig viele Monate arbeiten und Elterngeld beziehen.
- (98) Weiß nicht
(99) Keine Angabe

Geben Sie bitte Ihr Geschlecht an.

- (1) Männlich
- (2) Weiblich
- (99) Keine Antwort

Ipsos GmbH
Sachsenstraße 6
20097 Hamburg

Kontakt: Gudrun Witt,
Manager Communications
E-Mail: gudrun.witt@ipsos.com
Phone: +49 40 80096 4179

GAME CHANGERS 



PRESSE-INFORMATION

Geben Sie bitte Ihr Geburtsdatum an.

Jahr: _____
Monat: _____

Angenommen, Sie würden teilnehmen, welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?
Gemeint ist die Zweitstimme, also die Stimme, die über die Stärke der Parteien im Bundestag entscheidet.

- (1) SPD
- (2) CDU
- (3) CSU
- (4) Bündnis 90/Die Grünen
- (5) FDP
- (6) AfD – Alternative für Deutschland
- (7) Die Linke
- (8) Andere Partei, und zwar _____
- (95) Würde ungültig wählen
- (96) Würde keine Zweitstimme abgeben
- (98) Weiß nicht
- (99) Keine Angabe

Wo wohnen Sie?

PLZ: _____

Wie hoch ist das GEMEINSAME monatliche NETTOEINKOMMEN (nach Steuern) IHRES HAUSHALTS, das von allen Mitgliedern des Haushalts verdient wird?

- (1) €0 - €500
- (2) €501-750
- (3) €751-1000
- (4) €1001-1250
- (5) €1251-1500
- (6) €1501-1750
- (7) €1751-2000
- (8) €2001-2500
- (9) €2501-3000
- (10) €3001-4000
- (11) €4001-5000
- (12) €5001-10,000
- (13) €10,001 und mehr
- (14) Keine Antwort

Ipsos GmbH
Sachsenstraße 6
20097 Hamburg

Kontakt: Gudrun Witt,
Manager Communications
E-Mail: gudrun.witt@ipsos.com
Phone: +49 40 80096 4179

GAME CHANGERS 